

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
ein Polizeiunterstützungsprogramm zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Polizei**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für

- 1) eine ausreichend personelle, den Polizeiplanstellen in OÖ entsprechende Aufstockung der Polizei zur Erfüllung der ihr durch die Gesetze zugeordneten Aufgaben,
- 2) eine Umsetzung des "Flexi- und Karenzpools" zum Ausgleich von Unterbesetzungen durch Pensionierungen, Karenzen oder Sonderverwendungen,
- 3) eine garantierte 24-Stunden-Besetzung aller Polizeiinspektionen,
- 4) einen standortbezogenen, bedürfnisorientierten Einsatz der Exekutive,
- 5) eine Verbesserung der Ausrüstung der Polizei,
- 6) eine Ausschreibung der notwendigen Anzahl an Polizeiausbildungslehrgängen zur langfristigen Sicherung des Personalstands an den Sicherheitsakademien und
- 7) für die Ausstattung der Sicherheitsakademie in Linz mit eigenen Planstellen, damit die Notwendigkeit der Dienstverwendung dienststellenfremden Personals entfällt,

einzusetzen.

Begründung

Die Polizei in unserem Land leidet unter Personalmangel. So werden nicht einmal die bereits bestehenden Planposten gänzlich besetzt. Zusätzlich müssen in vielen Fällen Überstunden geleistet werden. Eine personelle Aufstockung der Polizei ist unumgänglich.

Das Beispiel des Stadtpolizeikommandos Linz veranschaulicht, welcher deutlicher Unterschied zwischen der formellen und der realen Zahl an besetzten Polizeidienstposten in einem Bezirk bestehen kann. Linz weist 670 Polizeiplanstellen auf, von denen formell alle (bis auf einige wenige) besetzt sind. Jedoch sind derzeit 90 Polizistinnen und Polizisten karenziert oder etwa dem Landeskriminalamt oder bei Sondereinsatzgruppen auf Landes- und Bundesebene dienstzugeteilt. Das Fehlen dieser Beamtinnen und Beamten entspricht dem Personalstand von drei größeren Wachzimmern und wirkt sich somit merklich auf die Arbeitsfähigkeit der Polizei in der Stadt aus.

Wenn in Oberösterreichs Bezirken eine gewisse Zahl an Polizistinnen und Polizisten dauerhaft auf Grund anderweitiger Dienstzuteilungen für die alltägliche Polizeiarbeit fehlt, besteht die begründete Gefahr, dass die Exekutive ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr in vollem Ausmaß erledigen kann.

Darüber hinaus soll der seit 2009 angekündigte „Flexi- und Karenzpool“ tatsächlich umgesetzt werden, um Unterbesetzungen durch Pensionierungen, Karenzen oder Sonderverwendungen zu verhindern.

Außerdem muss die Präsenz und die Erreichbarkeit an 24 Stunden am Tag in den Polizeiinspektionen sichergestellt werden. Ein weiterer Teil des Polizeiunterstützungsprogramms soll die Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Standorte beim Polizeieinsatz, wie etwa verstärkte Streifen in den Städten, sein. Letztlich ist die Ausrüstung und Ausstattung zu verbessern, beispielsweise durch die Bereitstellung von Unterziehwesten für jede Polizistin bzw. jeden Polizisten.

Es sind vor allem unsere heimischen Polizistinnen und Polizisten, die durch ihren Einsatz für die Sicherheit in unserem Land sorgen. Die aktuelle Lage der Polizei ist jedoch bei weitem nicht optimal, es bedarf dringend eines Unterstützungsprogramms für die Exekutive.

Linz, am 14. Mai 2013

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Jahn, Krenn, Makor, Pilsner, Affenzeller, Peutlberger-Naderer, Müllner, Eidenberger, Röper-Kelmayr, Bauer, Weichsler-Hauer, Promberger, Schaller, Rippl